

**Interpellation GRÜ-Fraktion:
«Ein klares Ja zu Respekt, Anstand und Würde**

Wir stellen fest, dass politischen Entscheidungsträgern zunehmend ein rauerer Wind entgegenbläst. Immer häufiger wird das zulässige Mass überschritten. In Begegnungen zwischen Vertreterinnen und Vertretern von Verwaltung und politischen Behörden kommt es zu Beleidigungen und Drohungen. Beides ist untolerierbar.

Zahlreiche Ereignisse dieser Art werden nicht publik; andere finden ihren Niederschlag in den Medien. Im Sarganserland wurde ein Mitglied der Regierung öffentlich mit Drohungen und Verunglimpfungen eingedeckt. Ein anderes Mitglied der Regierung wurde im Linthgebiet mit diffamierenden Äusserungen konfrontiert. Die Drohungen kamen nicht von «Aussenseiter-Gruppierungen», sondern von Interessensvertretern.

Die erwähnten Vorfälle lassen sich mit zahlreichen, weiteren Beispielen ergänzen. Vorkommnisse dieser Art werden immer häufiger. Die Hemmschwelle, öffentlich Drohungen auszusprechen, sinkt. Diese Entwicklung kann in dieser Art nicht einfach hingenommen werden.

Wenn wir von Kindern und Jugendlichen Anstand und Respekt verlangen, dann heisst dies, dass wir als Erwachsene, und ganz besonders als politisch Tätige, dieser Forderung nachleben. Das heisst auch, dass von allen Beteiligten verlangt wird, dass Meinungsverschiedenheiten in Anstand und Würde ausgetragen werden.

Deshalb bitten wir die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Teilt die Regierung die Meinung, dass dieser Entwicklung entgegengetreten werden muss?
2. Ist die Regierung der Ansicht, dass Regierung und Parlament eine Erklärung abzugeben haben, in der Vorfälle dieser Art klar verurteilt werden?
3. Sieht die Regierung weitere Möglichkeiten, Respekt, Anstand und Würde in politischen Diskussionen wieder vermehrt zum Durchbruch zu verhelfen?»

23. April 2007

GRÜ-Fraktion